



# Senat der Freien und Hansestadt Hamburg

## Personalamt

Personalamt, Steckelhörn 12, D - 20457 Hamburg

Senatsämter und  
Fachbehörden  
- zugleich für die ihrer Aufsicht unterstehen-  
den juristischen Personen des öffentlichen  
Rechts -  
Bezirksämter  
Bürgerschaftskanzlei  
Rechnungshof der Freien und Hansestadt  
Hamburg  
Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz  
und Informationsfreiheit

Dienst- und Tarifrecht  
Allgemeines Beamtenrecht

Steckelhörn 12  
D - 20457 Hamburg

22. Oktober 2013

### **Änderung der „Verordnung über den Erholungsurlaub der hamburgischen Beamtinnen und Beamten (Hamburgische Erholungsurlaubsverordnung – HmbEURlVO)“**

#### Betroffener Personenkreis:

Beamtinnen, Beamte, Richterinnen, Richter

#### Wesentlicher Inhalt:

Im Mittelpunkt steht die Übernahme des Ergebnisses der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 9. März 2013 (Anspruch auf 30 bzw. 27 Tage Erholungsurlaub) und die in diesem Zusammenhang stehende Nachgewährung von Erholungsurlaub für die Jahre 2011 und 2012. Darüber hinaus werden z.T. aus Rechtsprechung folgende weitere Änderungsbedarfe umgesetzt.

Der Senat hat in seiner Sitzung vom 8. Oktober 2013 die „Zweite Verordnung zur Änderung der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung“ beschlossen. Sie ist am 22. Oktober im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet worden und tritt gemäß Artikel 54 HV am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft (HmbGVBl. S. 436).

Die Änderung der HmbEURlVO enthält folgende neue Regelungen:



- Dauer des Erholungsurlaubs

Die Urlaubsdauer beträgt für Beamtinnen und Beamte bei einer Verteilung der durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche grundsätzlich 30 Arbeitstage; bei Beamtinnen und Beamten auf Widerruf 27 Arbeitstage. Wirksam wird diese Regelung mit Inkrafttreten bereits für das laufende Urlaubsjahr 2013. Maßgebend ist der Status bei Inkrafttreten, d.h. Beamtinnen und Beamte auf Probe, die ihren Vorbereitungsdienst im Laufe des Jahres 2013 beendet haben, erhalten ebenfalls gemäß § 6 Satz 1 HmbEUrlVO bei einer Fünf-Tage-Woche 30 Tage Erholungsurlaub für das Urlaubsjahr 2013. Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, denen durch die Neuregelung weniger Erholungsurlaub als bisher zustehen würde, erhalten bis zum Ende ihres Vorbereitungsdienstes Erholungsurlaub in der bisherigen Höhe (s. Übergangsvorschrift in § 2 Absatz 3 der Änderungsverordnung).

- Nachgewährung für die Jahre 2011 und 2012

Die Übergangsvorschrift in § 2 Absatz 1 der Änderungsverordnung regelt die Nachgewährung von Erholungsurlaub für die Jahre 2011 und 2012 analog der Regelung für den Tarifbereich, d.h. 30 Arbeitstage für alle bei Inkrafttreten aktiven Beamtinnen und Beamten (einschließlich der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf), sofern diese in den Jahren 2011 und 2012 ganz oder teilweise die Voraussetzungen für einen Erholungsurlaub erfüllen. Der nachgewährte Urlaub muss im Regelfall bis zum 30. September 2014 genommen worden sein; Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst haben hierfür Zeit bis zum Ende des Vorbereitungsdienstes. Für Beamtinnen und Beamte, die in den Jahren 2011 und 2012 Beamtinnen und Beamte auf Widerruf waren und inzwischen ihren Vorbereitungsdienst beendet haben, gilt § 2 Abs. 1 der Änderungsverordnung, d.h. der Mehrurlaub wird dem Urlaubsanspruch für das Jahr 2013 zugerechnet und kann somit im Regelfall bis zum 30. September 2014 genommen werden.

- Neuer Übertragungszeitraum bei vorübergehender Dienstunfähigkeit

Grundsätzlich wird der Übertragungszeitraum von Erholungsurlaub bei einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit auf 18 Monate nach dem Urlaubsjahr begrenzt (danach Verfall). Zugunsten der Betroffenen wird damit über den vom EuGH für hinreichend erachteten Übertragungszeitraum in diesen Fällen von 15 Monaten nach Ende des Urlaubsjahres hinausgegangen.

Die bisherige Regelung in § 13 Abs. 2 Sätze 3 und 4 HmbEUrlVO, wonach der aufgrund des Eintritts einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht bis zum Ende des Übertragungszeitraums (30. September des auf das Urlaubsjahr folgenden Jahres) genommene Erholungsurlaub nicht verfiel, sondern im Jahr der Rückkehr in den Dienst oder im darauf folgenden Urlaubsjahr genommen werden konnte, gilt nur noch im Rahmen der in § 2 Abs. 4 der Änderungsverordnung getroffenen Übergangsvorschrift. Danach ist diese bisherige Regelung nur noch für Beamtinnen und Beamte anzuwenden, die Erholungsurlaub wegen einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht bis zum 30. September des auf das Urlaubsjahr folgenden Jahres genommen haben, sich im aktiven Dienst befinden und bis zum Ablauf des Jahres 2013 in den Dienst zurückkehren. Damit ist weitestgehend gewährleistet, dass nach bisherigem Recht erworbene Urlaubsansprüche auch bei einer Rückkehr in den Dienst erst nach Inkrafttreten der Neuregelung noch geltend gemacht werden können.

Vorübergehend Dienstunfähige, die erst nach dem 31. Dezember 2013 in den Dienst zurückkehren, können Urlaubsansprüche nur noch geltend machen, sofern der jeweilige Jahresurlaub noch nicht verfallen ist (18 Monate nach dem Ende des jeweiligen Urlaubsjahres).

- Anrechnungsmöglichkeit für zu viel gewährten Erholungsurlaub.

§ 13 Absatz 4 ermöglicht die Anrechnung von zu viel gewährtem Erholungsurlaub im folgenden Urlaubsjahr.

- Berücksichtigung der neuen 24-Stunden-Dienstpläne der Feuerwehr bei der Definition der einem Urlaubstag zugrunde zu legenden Arbeitstage.

§ 5 Absatz 3 wird ergänzt, so dass klargestellt wird, für eine 24-Stunden-Schicht zwei Urlaubstage zu berechnen sind.

- Zusatzurlaub für Nachtdienst und Berücksichtigung des Dienstes in Bereitschaft für die Ermittlung

Es erfolgt eine Klarstellung der Regelung für Zusatzurlaub bei Nachtdiensten durch die Einfügung der Formulierung „zum Ausgleich der mit Nachtarbeit verbundenen allgemeinen Belastungen“, dass es sich bei dieser Regelung um einen Auffangtatbestand handelt für Nachtdienst, der nicht im Rahmen von Wechselschichten oder erheblich vonei-



nander abweichenden Schichten (§ 7 Absätze 1 und 2 HmbEUrlVO) geleistet wird. Damit wird deutlich gemacht, dass - abweichend von den bisherigen Hinweisen zur Durchführung der HmbEUrlVO - nunmehr auch der Nachtdienst ohne Schichtdienst erfasst wird.

Die Nachtdienststunden als Bemessungsgrundlage für Zusatzurlaub werden nunmehr auch unter Berücksichtigung des Dienstes in Bereitschaft im Einklang mit der Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH (beginnend mit Urteil vom 3. Oktober 2000 – C-303/98 Simap) ermittelt.

Die Änderungsverordnung sowie die Erläuterungen hierzu sind in der Anlage beigelegt. Das Personalamt beabsichtigt, die Hinweise zur Durchführung der HmbEUrlVO entsprechend zu überarbeiten.

Es wird gebeten, dieses Rundschreiben in betriebsüblicher Form bekannt zu geben. Eine Veröffentlichung in den MittVw und im Personalportal ist beabsichtigt.

Mit freundlichen Grüßen



§ 5

Schlussvorschrift

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Ladenschluss vom 12. Mai 1998 (HmbGVBl. S. 68), zuletzt geändert am 19. Oktober 2004 (HmbGVBl. S. 386), bleibt unberührt.

Hamburg, den 30. September 2013.

Das Bezirksamt Bergedorf

## Zweite Verordnung zur Änderung der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung

Vom 8. Oktober 2013

Auf Grund von § 68 Absatz 1 des Hamburgischen Beamtengesetzes vom 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 405), zuletzt geändert am 17. September 2013 (HmbGVBl. S. 389, 397), wird verordnet:

§ 1

Änderung der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung

Die Hamburgische Erholungsurlaubsverordnung vom 7. Dezember 1999 (HmbGVBl. S. 279), geändert am 16. März 2010 (HmbGVBl. S. 252), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
„Die Leiterinnen und Leiter sowie die Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen Schulen, das pädagogische Personal am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, die Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für ein Lehramt sowie die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Klassenleitungsfunktionen erhalten den Erholungsurlaub in den Schulferien; eines Antrags von Leiterinnen und Leitern und Lehrkräften an staatlichen Schulen sowie von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen in Klassenleitungsfunktionen bedarf es nicht.“
2. § 4 wird aufgehoben.
3. In § 5 wird hinter Satz 3 folgender Satz eingefügt:  
„Satz 3 gilt nicht, wenn für die Beamtin oder den Beamten an einem Kalendertag zwei Dienstschichten beginnen und die zweite an einem anderen Kalendertag endet, sowie für Dienstschichten von einer Dauer von 24 Stunden.“
4. § 6 erhält folgende Fassung:  
  
§ 6  
Dauer bei der Fünf-Tage-Woche  
Ist die durchschnittliche regelmäßige Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche verteilt, beträgt der jährliche Erholungsurlaub 30 Arbeitstage. Dies gilt nicht für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst; für sie beträgt der jährliche Erholungsurlaub nach Satz 1 27 Arbeitstage.“
5. § 7 wird wie folgt geändert:
  - 5.1 In Absatz 3 werden hinter den Wörtern „erhält sie oder er“ die Wörter „zum Ausgleich der mit Nacharbeit verbundenen allgemeinen Belastungen“ eingefügt.
  - 5.2 In Absatz 4 wird die Textstelle „§§ 76a, 76b, 89 oder 95b“ durch die Textstelle „§§ 62, 63 oder 69“ ersetzt.
  - 5.3 Absatz 6 Satz 2 wird gestrichen.
6. § 13 wird wie folgt geändert:
  - 6.1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:  
„(2) Der Erholungsurlaub soll grundsätzlich im Urlaubsjahr abgewickelt werden. Erholungsurlaub, der nicht innerhalb von neun Monaten nach dem Ende des Urlaubsjahres genommen worden ist, verfällt. Abweichend von Satz 2 verfällt Erholungsurlaub, den eine Beamtin oder ein Beamter aufgrund einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht spätestens bis zum Ende der in Satz 2 genannten Frist erhalten hat, innerhalb von 18 Monaten nach dem Ende des Urlaubsjahres. § 10 gilt entsprechend.“
  - 6.2 Es wird folgender Absatz 4 angefügt:  
„(4) Wenn Erholungsurlaub gewährt wurde, der den nach dieser Verordnung zulässigen Umfang übersteigt, ist er auf den Erholungsurlaub für das folgende Urlaubsjahr anzurechnen.“

§ 2

Übergangsvorschriften

- (1) Für die Urlaubsjahre 2011 und 2012 beträgt der jährliche Erholungsurlaub bei einer Verteilung der durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Kalenderwoche abweichend von § 6 der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung (HmbEUrlVO) für die dort erfassten und bei Inkrafttreten dieser Verordnung im aktiven Dienst befindlichen Personen, die in den Jahren 2011



und 2012 ganz oder teilweise die Voraussetzungen für einen Urlaubsanspruch erfüllen, einheitlich 30 Arbeitstage. Soweit sich aus der Erhöhung des Urlaubsanspruchs gemäß Satz 1 gegenüber § 6 HmbEUrlVO in der am 22. Oktober 2013 geltenden Fassung Mehrurlaub ergibt, erhöht sich der Urlaubsanspruch des Urlaubsjahres, in dem diese Verordnung in Kraft tritt, entsprechend.

(2) Soweit Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst aufgrund der Erhöhung des Urlaubsanspruchs gemäß Absatz 1 Satz 1 Erholungsurlaub zusteht, der den ihnen nach der bis zum 22. Oktober 2013 geltenden Fassung der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung zustehenden Erholungsurlaub überschreitet, ist dieser spätestens bis zum Ende des Vorbereitungsdienstes abzuwickeln.

(3) Soweit der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Inkrafttreten dieser Verordnung

zustehende Erholungsurlaub den ihnen gemäß der bis zum 22. Oktober 2013 geltenden Fassung der Hamburgischen Erholungsurlaubsverordnung zustehenden Erholungsurlaub unterschreitet, richtet sich der Urlaubsanspruch bis zum Ende des Vorbereitungsdienstes nach § 6 HmbEUrlVO in der am 22. Oktober 2013 geltenden Fassung.

(4) Für Beamtinnen und Beamte, die

1. Erholungsurlaub wegen einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht innerhalb der in § 13 Absatz 2 Satz 2 HmbEUrlVO genannten Frist genommen haben,
  2. am Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung im aktiven Dienst sind, und
  3. bis zum Ablauf des Jahres in den Dienst zurückkehren, in dem diese Verordnung in Kraft tritt,
- ist § 13 HmbEUrlVO in der bis zum 22. Oktober 2013 geltenden Fassung anzuwenden.

Gegeben in der Versammlung des Senats,  
Hamburg, den 8. Oktober 2013.

## Verordnung zur Einrichtung des Innovationsbereichs Lüneburger Straße II Vom 15. Oktober 2013

Auf Grund von § 3 und § 8 Absatz 1 des Gesetzes zur Stärkung der Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 525), zuletzt geändert am 1. Oktober 2013 (HmbGVBl. S. 424), wird verordnet:

### § 1

#### Innovationsbereich

Auf den Flächen, die in Anhang 1 optisch hervorgehoben sind, wird ein Bereich zur Stärkung der Innovation von Einzelhandels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren eingerichtet. In Anhang 2 sind die im Innovationsbereich belegenen Grundstücke aufgeführt.

### § 2

#### Ziele und Maßnahmen

(1) Mit der Festsetzung des Innovationsbereichs wird das Ziel verfolgt, den Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort Lüneburger Straße zu stärken und zu entwickeln.

(2) Zur Erreichung dieses Ziels sind insbesondere vorgehen:

##### a) Branchenmix und Flächenmanagement

- Fortführung und Weiterentwicklung der Vermietungsdatenbank,
- Kundenbefragungen und Messungen von Passantenfrequenzen,

- Ansprache potentieller Mietinteressentinnen bzw. Mietinteressenten und Distributionsleitungen,
- Flächenmanagement bei Leerständen;

##### b) Pflege und Aufwertung des öffentlichen Raums

- Kleinere Reparatur- und Erneuerungsmaßnahmen im öffentlichen Raum,
- Mitfinanzierung des Umbaus des Spiel-/Stadtplatzes Lüneburger Tor,
- Beseitigung von Graffiti, Sonderreinigungen,
- Saisonale Bepflanzung der Blumenbeete und Grünpflege,
- Beschäftigung einer „Kümmerin“ bzw. eines „Kümmerers“,
- Optimierung und Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung;

##### c) Standortmarketing und Kooperationen

- Durchführung und Beteiligung an Veranstaltungen und Aktionen sowohl für das Gebiet nach § 1 als auch für die Harburger Innenstadt,
- Presse und Öffentlichkeitsarbeit.

## **Erläuterungen**

### **Zu § 1:**

#### **Zu Nr. 1 (Änderung des § 2 Absatz 2 Satz 1)**

Redaktionelle Anpassung.

#### **Zu Nr. 2 (Streichung des § 4)**

Durch die Streichung des § 4 (dieser legte für die Bemessung des Erholungsurlaubs das Lebensalter zugrunde) werden die Vorgaben des Bundesarbeitsgerichts berücksichtigt, nach dessen Urteil vom 20. März 2012 (Az. 9 AZR 529/10) die bisherige altersabhängige Staffelung des Erholungsurlaubs im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD Bund und Kommunen) eine altersbezogene und gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verstoßende Diskriminierung darstellte. Dies hat auch eine Neuregelung im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) nach sich gezogen, die die Grundlage der Änderung für den Beamtenbereich darstellt.

#### **Zu Nr. 3 (Berechnung nach Arbeitstagen bei 24-Stunden-Schichten)**

Da bei der Feuerwehr mit neuen Dienstplänen seit März 2013 flächendeckend 24-Stunden-Schichten eingeführt wurden, ist eine Ergänzung des § 5 zur Berechnung der Urlaubstage erforderlich. Durch Einfügung des neuen Satzes 4 sind für eine 24 Stunden umfassende Schicht künftig zwei Urlaubstage zu berechnen. Halbsatz 1 stellt sicher, dass dies auch dann gilt, wenn 24-Stunden-Schichten als doppelte 12-Stunden-Schichten vorgesehen werden.

#### **Zu Nr. 4 (Urlaubsdauer – § 6 neu)**

Die Neufassung des § 6 S. 1 legt die Urlaubsdauer für Beamtinnen und Beamte bei einer Verteilung der durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit auf fünf Tage in der Woche grundsätzlich einheitlich auf 30 Tage fest. Durch die Erstreckung der zwischen den Tarifparteien erzielten Einigung (Neufassung des § 26 Absatz 1 Satz 2



TV-L) auf einheitlich 30 Tage auch auf die Beamtenschaft wird der Gleichklang der Urlaubsregelungen für beide Statusgruppen gewahrt.

Satz 2 regelt eine abweichende Urlaubsdauer lediglich für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst. Dies entspricht der Regelung des § 9 Abs. 1 Satz 1 TVA-L BBiG für Auszubildende im Tarifbereich. Auch diese Regelung gilt einheitlich für alle, die den Tatbestand erfüllen und knüpft nicht an das Alter an. Grund für diese Differenzierung gegenüber den übrigen Beschäftigten sind die unterschiedlichen Anforderungen, welche an die jeweilige Arbeitsleistung gestellt werden: im Vorbereitungsdienst steht nämlich der Ausbildungszweck im Vordergrund; zu der Erfüllung hoheitlicher Aufgaben kommt damit der Zweck der persönlichen Entwicklung und des Erlernens fachlicher Qualifikationen hinzu. Da im Rahmen des Vorbereitungsdienstes die für den Eintritt in die Laufbahn erforderlichen Qualifikationen erst erworben werden, tritt die Erbringung von fachlichen Diensten in den Hintergrund. Dieser geringere Zuständigkeits- und Verantwortungsumfang drückt sich auch in der Besoldung der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst aus. Damit ist die Differenzierung sachlich gerechtfertigt im Sinne des Art. 3 GG; die abweichende Anzahl an Urlaubstagen beschränkt sich auf einen absehbaren Zeitraum (nämlich den des Vorbereitungsdienstes) und ist mit einem Umfang von drei Tagen auch zumutbar.

#### **Zu Nr. 5 (Zusatzurlaub bei 24-Stunden-Schichten – § 7 Abs. 3 und 4)**

Bei Absatz 3 wird durch die eingefügte Formulierung „zum Ausgleich der mit Nachtarbeit verbundenen allgemeinen Belastungen“ klargestellt, dass es sich bei dieser Regelung um einen Auffangtatbestand handelt für Nachtdienst, der nicht im Rahmen von Wechselschichten oder erheblich voneinander abweichenden Schichten (Absätze 1 und 2) geleistet wird.

Die redaktionelle Anpassung von § 7 Absatz 4 ist aufgrund der zum 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Neufassung des Hamburgischen Beamtenrechts erforderlich.

Die Streichung des Satzes 2 in § 7 Absatz 6 berücksichtigt die Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH (beginnend mit Urteil vom 3. Oktober 2000 – C-303/98 – Simap), wonach auch der Dienst in Bereitschaft Arbeitszeit und somit bei der Ermittlung der Nachtarbeitsstunden zu berücksichtigen ist.



### **Zu Nr. 6 (Übertragungszeitraum – § 13 Abs. 2 und 4 neu)**

§ 13 Absatz 2 Satz 1 und 2 bleiben unverändert: danach ist Erholungsurlaub grundsätzlich im Urlaubsjahr abzuwickeln, spätestens nach Ablauf von neun Monaten nach dessen Ende verfällt er.

Die Neuregelung in § 13 Absatz 2 Satz 3 passt die Übertragungshöchstdauer für Erholungsurlaub, der aufgrund vorübergehender Dienstunfähigkeit nicht spätestens bis zum Ende der üblichen Übertragsfrist des Satzes 2 genommen werden konnte, an die Vorgaben der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH, Urt. v. 22. November 2011, C-214/10) an, indem er hier eine abweichende Verfallsfrist von 18 Monaten bestimmt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der verlängerten Frist ist damit, dass eine längerfristig gestaffelte und planbare Verfügung über den Anspruch auf Erholungsurlaub innerhalb der regulären Verfallsfrist krankheitsbedingt tatsächlich nicht möglich war. Damit wird ein Interessensausgleich zwischen dem Interesse der Beamtin oder des Beamten an der Wahrnehmung des Urlaubs auf der einen Seite, und dem Interesse des Dienstherrn an einer gewissen Planbarkeit und Praktikabilität der Einsetzbarkeit von nach längerer Erkrankung in den Dienst Zurückkehrenden auf der anderen Seite geschaffen. Die gewählte Regelung, nach der die genannten Urlaubsansprüche bis zum Ablauf von 18 Monaten nach Ende des Urlaubsjahres – also einen im Vergleich zum Urlaubsjahr deutlich längeren Zeitraum – zu gewähren sind, entspricht Art. 9 Abs. 1 des Übereinkommens Nr. 132 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1970 über den bezahlten Jahresurlaub (Neufassung), deren Grundsätzen auch die RL 2003/88/EG folgt. Danach ist der gesamte bezahlte Jahresurlaub spätestens 18 Monate nach Ablauf des Jahres, in dem der Urlaubsanspruch erworben wurde, zu gewähren und zu nehmen.

Satz 4 stellt klar, dass bei einer regelmäßigen Arbeitszeit, die auf mehr oder weniger als fünf Arbeitstage in der Kalenderwoche verteilt ist, auch der Erholungsurlaub, auf den sich die Möglichkeit der längeren Übertragbarkeit bezieht, entsprechend anzupassen ist.

Der neue eingefügte Absatz 4 führt die Möglichkeit ein, zu viel erhaltenen Erholungsurlaub im folgenden Urlaubsjahr anzurechnen, das heißt entsprechend weniger zu gewähren. Diese Möglichkeit wurde bisher nur in Spezialvorschriften eingeräumt (beispielsweise in §§ 8 Absatz 1 2. Halbsatz, 7 Absatz 5 Satz 3 dieser Verordnung

oder § 3 Absatz 3 HmbEltZVO). Damit lassen sich in der Praxis irrtümliche Gewährungen zukünftig sachgerecht korrigieren.

## **Zu § 2 (Übergangsvorschriften)**

§ 2 enthält zum einen eine dem Tarifbereich der Länder nachgebildete Gewährung von Erholungsurlaub für die Jahre 2011 und 2012. Zum anderen stellt er sicher, dass nach bisheriger Rechtslage entstandene Ansprüche weitestgehend erhalten bleiben beziehungsweise lediglich unter Wahrung der schutzwürdigen Interessen der betroffenen Beamtinnen und Beamten eingeschränkt werden:

Absatz 1 vollzieht das Ergebnis der Tarifeinigung für 2011 und 2012 für Beamtinnen und Beamte nach. Nach Satz 1 ist für diesen Zeitraum ein einheitlicher jährlicher Erholungsurlaub von 30 Tagen für alle Beamtinnen und Beamten, einschließlich der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst zu gewähren, sofern sich diese bei Inkrafttreten dieser Verordnung noch im aktiven Dienst befinden, also zu diesem Zeitpunkt noch nicht in den Ruhestand getreten sind. Satz 2 erstreckt die Übertragungsregelung auf den dadurch gewährten Mehrurlaub: dieser ist – vorbehaltlich der Spezialregelung in den folgenden Absätzen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst – spätestens binnen neun Monaten nach Ablauf des Jahres, in dem die Verordnung in Kraft tritt, abzuwickeln. Dieser Mehrurlaub für die Jahre 2011 und 2012 kann pro Person insgesamt maximal 8 Arbeitstage betragen.

Die Absätze 2 und 3 nehmen weitergehende Übertragungsregelungen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vor. Der Mehrurlaub, der ihnen aufgrund der Anpassung an die für Auszubildende getroffene Einigung im Tarifbereich für die Zeit zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Dezember 2012 zusteht (für diesen Zeitraum werden übergangsweise ebenfalls 30 Arbeitstage gewährt) kann über die gesamte noch verbleibende Zeit des Vorbereitungsdienstes verteilt werden.

Für den Fall, dass der nach der Neuregelung festgelegte Umfang des jährlichen Erholungsurlaubs bei Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst eine Schlechterstellung gegenüber der bisherigen Rechtslage darstellt, ist gemäß Absatz 3 für die noch verbleibende Dauer des Vorbereitungsdienstes die bisherige höhere Anzahl von Urlaubstagen zu gewähren.



Absatz 4 legt fest, dass für Ansprüche auf Erholungsurlaub, die im Zeitraum vor Inkrafttreten dieser Verordnung entstanden sind und wegen einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht genommen werden können, weiterhin die Frist der bisherigen Regelung anwendbar ist. Sofern die Rückkehr innerhalb des Jahres des Inkrafttretens dieser Verordnung erfolgt, ist § 13 a.F. anzuwenden. Hierfür sind die in Absatz 4 genannten Voraussetzungen kumulativ zu erfüllen: die allgemeine Frist des § 13 Absatz 2 Satz 2 wurde nicht eingehalten (Nummer 1), die oder der Betroffene ist noch aktiv im Dienst (Nummer 2), und die Rückkehr erfolgt im Laufe des Jahres, in dem diese Verordnung in Kraft tritt (Nummer 3). Dadurch ist weitestgehend gewährleistet, dass nach bisherigem Recht erworbene Urlaubsansprüche auch bei einer Rückkehr in den Dienst erst nach Inkrafttreten der Neuregelung noch geltend gemacht werden können. Lediglich für den Fall, dass der oder die Betroffene vor dem Inkrafttreten bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden ist, ist die Nachgewährung des bis dahin nicht genommenen Urlaubs nicht mehr möglich.